

Arbeiter-Zeitung

Mittwoch, 11. Mai 1932
14. Jahrgang Nr. 109

ersch. täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. Bezugspreis: jährlich 42 Pf. + 8 Pf. Postlohn = 50 Pf., monatlich 1,65 Pf. + 50 Pf. Postlohn = 2,15 Pf. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,15 Pf., unter Streichband 3 Pf. Anzeigenpreis: Die gewöhnliche Zeile 10 Pf. oder deren Raum 12 Pf., Vereins- u. Werbeführungsanzeigen 6 Pf. Kleinanzeigen: Die gewöhnliche Zeile 10 Pf. oder deren Raum im Text 70 Pf. — Ausnahme: In der Hauptexpedition um 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis 18 Uhr.

für Schlesien
Organ der A.D., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von **Bernhard Schottländer** (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 460 39. Postfachkonto: Breslau Nr. 544. — **Redaktion:** Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Vorderhaus). Fernsprecher 430 02. Sprechzeit der Redaktion: Montag bis Freitag von 17—18 Uhr. — **Verlagsstand:** Breslau. — **Verlag:** Schlesiensche Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 460 39.

Unsere Forderungen im Landtag

Forderungen, die im außerparlamentarischen Kampf von den Millionen Arbeitern und Werktätigen verwirklicht werden müssen

Die kommunistische Landtagsfraktion unterbreitet ihre Anträge den Betrieben und Stempelstellen

Die kommunistische Landtagsfraktion wird im Preussischen Landtag u. a. folgende Forderungen erheben:

1. Landesverweisung aller ehemaligen Fürsten, insbesondere der Hohenzollern. Enteignung ihres Besitzes zugunsten der Bedürftigen.
2. Schluss mit den Subventionen an Großgrundbesitzer, an das Industrie- und Bankkapital. Zurückforderung der bereits gewährten Beträge.
3. Einstellung aller staatlichen Ausgaben für kirchliche Zwecke.
4. Erhöhung der Löhne der Staats- und Gemeindearbeiter auf den Stand vor dem Abbau durch die Notverordnungen. Lohnausgleich bei bereits durchgeführten Arbeitszeitkürzungen.
5. Alle Kürzungen der Wohlfahrt und sonstigen Unterzügen sind rückgängig zu machen.
6. Arbeitsbeschaffung durch Staat und Gemeinden. (Bau von Arbeiterwohnungen, Straßen und Brücken, Spiel- und Sportplätzen, Schulen, Krankenhäusern und Badeanstalten, Verkehrseinrichtungen, Vervollständigung des Mittellandkanals, usw.)
7. Vollamnestie für alle Opfer der Klassenjustiz, für alle proletarisch-politischen Gefangenen und wirtschaftliche und soziale Notleidende. (§ 218, usw.)
8. Preissenkung für Gas, Wasser, Elektrizität und Verkehr für Kohle und Holz.
9. Beseitigung der Kopfsteuern, (Märkte, Bürgersteuern), der Bier- und Getränkesteuern. Befreiung der Kleinrentner, Kleinrentner usw. bis zu einem Einkommen von 3000 Mark von Gewerbesteuern. Staffelung der Mieten nach Einkommen. Befreiung der Erwerbslosen, Sozialrentner, usw. von der Miete. Verbot von Exzessen gegen Winderbemittelte, sowie von Zwangsversteigerungen gegen Kleinrentner.
10. Öffnung der geschlossenen Volksschulen, Einstellung der entlassenen Lehrkräfte, Schulspeisung und Schulgesundheitspflege.
11. Sondersteuer von 20 Prozent für die Millionäre, die

- großen Vermögen und den großen Besitz. Verwendung der Gelder durch die Gemeinden, für soziale und kulturelle Ausgaben und für Arbeitsbeschaffung.
12. Aufhebung aller Beschränkungen der Rede-, Presse-, Versammlungs- und Demonstrationenfreiheit. Außerkraftsetzung aller preussischen Notverordnungen.
13. Forderung an die Reichsregierung: alle Zahlungen auf Grund des Youngplans und für die Dawes-Anleihen sind einzustellen; die Reichsnotverordnungen sind aufzuheben und die Zölle zu beseitigen.
14. Aufhebung des Verbots des Roten Frontkämpferbundes.
15. Erklärung des 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag.
16. Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit für die revolutionären Jugend- und Kinderorganisationen. (Rote Jungfront, Antifa).
17. Herabsetzung der Arbeitszeit für Jugendliche unter 18 Jahren auf 6 Stunden bei vollem Lohnausgleich. 4 Wochen bezahlter Urlaub. Unterstützung für alle jugendlichen Erwerbslosen. Kostenlose Speisung und Einrichtung von Erwerbslosen-Jugendheimen, unter Kontrolle der Erwerbslosenausschüsse.
18. Einbeziehung der Berufsschulen in die Arbeitszeit, und Bezahlung derselben. Verbot der Prügel- und Geldstrafen.
19. Aufhebung des Turn-, Sport- und Spielplatzengesetzes für die der Kampfgenossenschaft für rote Sporteinheit angeschlossenen Sportvereine.
20. Kostenlose Ueberlassung sportlicher Übungsplätze an die sporttreibenden Arbeiter und ihre Vereine.
21. Erhöhung der Löhne in den staatlichen Land-, Forst- und Weinbaubetrieben ab 1. Juni um 40 Prozent. Herabsetzung der Arbeitszeit auf acht Stunden täglich zwecks Neuinstellung erwerbsloser Land- und Forstarbeiter.

22. Verbot für Polizei und andere staatliche Machtsorgane, bei Streiks gegen Streikende eingegriffen zu werden.
23. Herabsetzung der Pachtabgaben für kleine und mittlere Pächter um 50 Prozent.
24. Niederlegung der Kaufrenten und Abgaben für Klein-, Landarbeiter- und Bauernsiedler.
25. Niederlegung der an Kleinrentner gewährten Darlehen. Bereitstellung von staatlichen Mitteln für Kleinrentner bei Sturmschäden. Einbeziehung in die Erwerbslosenversicherung, Herabsetzung der Pachtzinsen auf den Stand der Vorkriegszeit.
26. Nichtdurchführung des volksfeindlichen Reichsmilchgesetzes im preussischen Landesgebiet. Niederlegung der wegen Verstoß gegen das Reichsmilchgesetz eingeleiteten Strafverfahren.
27. Forderung an die Reichsregierung: Rückgängigmachung aller seit dem 1. April 1930 erfolgten Gehalts- und Besoldungskürzungen für Staats- und Gemeindeangestellte und Beamte der unteren und mittleren Besoldungsgruppen; Höchstgehalt von 7200 Mark jährlich; Höchstpension von 5000 Mark jährlich.

Das sind die Forderungen, die die kommunistische Fraktion im Namen von Millionen Werktätigen, im Namen aller Ausgebeuteten, aller Unterdrückten erhebt. Diese Forderungen bilden die Grundlage eines gemeinsamen Kampfes aller Werktätigen.

Die neu gewählten kommunistischen Abgeordneten werden in Versammlungen der Betriebe und Stempelstellen diese Forderungen den Betriebsarbeitern und Erwerbslosen unterbreiten.

Nehmt Stellung in Betrieb und Stempelstelle, in Stadt und Land zu den Forderungen der kommunistischen Partei! Diskutiert sie mit sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeitern! Diskutiert sie mit den proletarischen Hausfrauen! Diskutiert sie mit irregulären Naziproleten! Nicht an die Adresse der kommunistischen Fraktion des Preussischen Landtags weitere Vorschläge! Führt in roter Einheitsschritt den außerparlamentarischen Massenkampf für die Verwirklichung dieser Mindestforderungen der Werktätigen in Stadt und Land!

Strasser verkündet im Reichstag das Nazi-Programm

Arbeitsdienstplicht, Inflation, Tributknechtschaft

Hauptmann Göhring lobt im Reichstag die SA. als die Schutztruppe der bürgerlichen Parteien — Nationalistischer Wettbewerb zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten

Berlin, 10. Mai. (Eig. Bericht.) Die kommenden Koalitionsverhandlungen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten werden ihre deutlich sichtbaren Schatten auf die gegenwärtigen Reichstagsberatungen. In der Dienstagssitzung hatte der Nationalsozialist Strasser sowohl im Ton wie im Inhalt seiner Rede deutlich die Absicht zu erkennen gegeben, unter allen Umständen seine Partei als Leistungs- und Koalitionsfähig zu erweisen. Strasser erklärte selbst, dass er zum ersten Male auf jegliche Agitation und Reiberei verzichte und daher einige Regierungsmaßnahmen der Nationalsozialisten mitteilen wolle. Das Programm, das Strasser verkündete, war, soweit es sich nicht um demagogische und irreführende Wirtschaftsbetrachtungen handelte, vollkommen das Programm der deutschen Schwerindustrie und des Agrarkapitals.

Allgemein fiel auf, dass Strasser auch jeden Anschein vermied, dass seine Partei die Absicht habe, die Besitzenden, die Millionäre, die Bank- und Börsenherren, die Großagrarien in ihrem Frassleben irgendwie anzutasten.

Der sonst so redgewandte Demagoge Strasser schwieg, als Genosse Torgler auf ihn zutrat und ihn fragte: „Wie stehen Sie zu einer Sondersteuer für Millionäre? Wie stehen Sie zur Abschaffung des mühevollen Einkommens?“ Genosse Torgler wiederholte diese Frage an verschiedenen Stellen der Strasserrede, bis schließlich Präsident Loh unseren Genossen ermahnte, das Fragen einzustellen, denn man könne ja im Parlament niemanden zwingen, auf unangenehme Fragen zu antworten. Strasser

schwieg auch über die Pensionszahlungen und die privaten, ausländischen Schulden, die mit Zins und Zinseszins an die internationalen Bankhäuser gezahlt werden sollen. Auffällig war auch, dass anscheinend mit von den Nationalsozialisten ausgegebenen Tribünenkarten während der Rede Strassers eine Anzahl bekannter Großindustrieller auf der Reichstagstribüne Platz genommen hatte. Die Hohenzollern waren gleichfalls auf der Tribüne vertreten, und zwar durch den Prinzen Adolf. Sie alle dürften durch die Ausführungen Strassers, durch sein Programm der verschärften Massenausplünderung reiflich befriedigt worden sein.

Der Beauftragte Adolf Hitlers machte zu Beginn seiner Ausführungen ein besonderes Kompliment an die reformistischen Gewerkschaftsführer, die, wie Strasser wörtlich betonte, anscheinend „allmählich zur Vernunft kommen“. Strasser zitierte die Rede Leipzigs vom letzten D.D.A.-Kongress, nannte sie bemerkenswert und fügte hinzu, dass seine Partei vollkommen hinter den Inflationsplan des Theoretikers der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie, Wentink, stehe. Dementprechend fordern auch die Nationalsozialisten die Abkehr von der Goldwährung, die Entwertung der Mark und somit die Inflation, d. h. die Ausplünderung der werktätigen Massen auf eine neuere, weit schlimmere Grundlage. In diesem Punkt besteht also eine deutliche Einheitsfront von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten.

Der zweite von Strasser aufgestellte Regierungsprogrammpunkt fordert die sofortige Einführung der Arbeitsdienstplicht. Ausdrücklich

betonte Strasser dabei, dass bei den Arbeitsdienstplichtigen die Entlohnung nicht auf Grund der Tariflöhne erfolge, sondern in Form einer Löhnung wie beim Militär. Diese Arbeitsdienstplicht soll die gemeinste Form der Ausnutzung der Arbeitslosigkeit darstellen. Mit geradezu zynischer Frechheit stellte der Naziredner die These auf: „Wenn unsere Soldaten im Weltkriege 4 Jahre mit geringer Löhnung gekämpft und gekübelt haben, warum sollen dann die heutigen Erwerbslosen zur Rettung des Vaterlandes nicht 4 Jahre lang die Arbeitsdienstplicht erfüllen. Charakteristisch, dass die deutschen Nationalen Großagrarien und die übrigen reaktionären Ausbeuter gerade an dieser Stelle Strassers den lebhaftesten Beifall zollten.“

Strasser gab auch unverblümt zu, dass aus den Mägen der Arbeitslosen die Milliarden Tribute und die Reparationszahlungen herausgeschuftet werden sollen.

Zum Schluss erklärte der Naziredner, dass seine Partei bereit sei, mit allen, die guten Willens sind, zusammen zu regieren und sprach zum Reichstagsler Brüning gerichtet die Worte:

„Wir zweifeln nicht, dass Herr Brüning seit Jahren den besten Willen gehabt hat.“

Dem Redner der Sozialdemokraten, Graßmann, waren die Lobeserhebungen Strassers über die reformistischen Gewerkschaftsführer zweifellos sehr unangenehm. Darum betonte er in seiner nachfolgenden Rede, dass „die Anbiederung Strassers an die freien Gewerkschaften“ wohl nicht echt gewesen seien. Doch genau wie Strasser erklärte sich auch Graßmann mit der Einführung des freiwilligen

10 PF.

"Triumph des Sozialismus"

5 JAHR PLAN

Der zweite

ist der Weg zur klassenlosen Gesellschaft

IN DER SOWJET-UNION

Davon berichtet Molotov in der Broschüre "Triumph des Sozialismus! Preis 10 PF."

ORGANISIERT DEN MASSENVERTRIEB

Wie werden siegreiche Kämpfe gegen den Lohnraub geführt?

Hebertzlarbeit und Hungerlöhne in der Steinindustrie — ADGB-Heke gegen hundert siegreiche KGO-Streiks — Wo bleibt der Steinarbeiterverband? — Siegreiche Bauarbeiterstreiks!

Striegau. In den Striegauer Steinbrüchen der Firmen Bartisch und Roder wird, trotzdem mindestens 60 Prozent der Steinarbeiter erwerbslos sind, von früh 6 Uhr bis 6 Uhr gearbeitet. Gerade der Striegauer Steinarbeiterverband hat doch eine gute Tradition der Vorzeitszeit hinter sich. Heute allerdings spürt man nichts mehr davon! Durch die wirtschaftsdemokratische Einstellung der Führerschaft ist den Striegauer Steinarbeitern ein Lohnabbau nach dem anderen pünktlich gemacht worden, so daß heute bei der oben angeführten Arbeitszeit von 20 bis 25 Mark wöchentlich gezahlt werden, und das natürlich im April. Die Löhne und die Arbeitslosenunterstützung sowohl auch die Wohlfahrtsunterstützung werden immer mehr und mehr gekürzt. Die Mieten dagegen, nur ein Beispiel zu nennen, werden erhöht. Wo soll das hinaus?

Nun ist vom ADGB an die Hauptfunktionäre der einzelnen Verbände ein Brieflein herausgegeben worden, in dem gegen die KGO streikt wird. Darin werden die 100 siegreichen Streiks, die von der KGO gegen den Lohnabbau und für Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Betrieben geführt wurden, abgelehnt. Sie schreiben zum Beispiel über den Streik im Ruhrgebiet: „3000 gemästete Arbeiter blieben auf der Straße.“ Und was vollbrachte das? War nicht die Polizei unter der Führung des Sozialdemokraten Zvering, die „mit dem Hummelnäpfelein und mit noch härteren Waffen“ gegen die streikenden Arbeiter vorging? Und was, wo die Arbeiter für Verbesserungen ihrer Lebenshaltung im

Sinne des revolutionären Klassenkampfes, also nach der Lehre von Karl Marx, kämpften, waren es die sozialdemokratischen Führer, die ihrer wirtschaftsdemokratischen Einstellung nach, die schärfsten Mittel gegen die Arbeitererschaft anwandten.

Ihr sozialdemokratischen Arbeiter, prüft die Wirklichkeit mit den Verprechungen der sozialdemokratischen Führer und kämpft mit der KGO im Sinne des revolutionären Klassenkampfes. Nur auf diesem Wege kann der Lohnabbau abgewehrt werden. Ein treffendes Beispiel für diese Tatsache ist die Streikbewegung der Bauarbeiter in den letzten Wochen.

In kurzer Zeit haben die Bauarbeiter an acht Orten einen Sieg gegenüber den frechen Abbauforderungen der Bauherren davongetragen.

Das geschah bei den Firmen Streubel, Ludwigsfelde, Berlin, Remfelfeld bei Lübeck, Hennig, Radebeul (Sachsen), Diehl, Mähleim an der Ruhr, Hencke u. Köpfer, Herzingen in Westfalen, Wiemer u. Fracht, Essen, Heilingen an der Ruhr, Zingraf, Düsseldorf.

In allen Fällen haben die Arbeiter durch ihr einheitliches und geschlossenes Auftreten unter Führung der KGO-Kollegen diese Siege errungen. Diese Tatsachen streifen die Broschüre des ADGB. Lügen. Auch die Steinarbeiter können und werden durch einheitliches Auftreten den Kampf um ihre Forderungen siegreich führen.

Hungerlöhne der Bahnbauarbeiter bei der Firma Lüdert

Bahn- und Tiefbau-Firma Karl Lüdert, Waldenburg — Baustelle Hirschberg-Schmiedeberg — im Lohnabbau voran — Arbeiter, seht euch zur Wehr!

Strehberg. Die Bahn- und Tiefbau-Firma Karl Lüdert, Waldenburg, führt z. Zt. die Oberbauarbeiten der Reichsbahngesellschaft, Baustelle Bahnhof Hirschberg-Schmiedeberg. Bei dieser Arbeit sind annähernd hundert Arbeiter beschäftigt, welche in drei Kolonnen eingeteilt sind. Eine Kolonne macht Pflasterarbeiten, die zweite führt den Umbau durch und die dritte muß verladen und abladen, was an neuem Material ankommt und an allem abtransportiert wird. Jede Kolonne hat einen Afford für sich. Jeder Arbeiter, der eingestellt wird, muß einen Affid unterschreiben, indem er sich verpflichtet, für diese Afford zu arbeiten, und falls Überstunden gezahlt, für 52 Pfennige zu arbeiten. Bei diesen Affidblättern ist es aber fast unmöglich, über das Stundenlohn hinauszukommen. Eines Tages fragte der Bauunternehmer Lüdert einen Arbeiter der Gleisumbaukolonne, wieviel Schienenlängen in einer Schicht umgebaut werden. Der Arbeiter gibt ihm zur Antwort: elf Längen. Darauf erklärte Herr Lüdert:

„Ja, da könnt ihr nichts verdienen.“

Es sonderbare dabei ist, daß das Reichsbahnbetriebsamt nur zehn Schienenlängen in einer Schicht zuläßt. Also hier schikaniert und erhöht man die Arbeiter von zwei Stellen aus zugleich. Verschiedene Schichtmeister schlagen einen Ton an und schmeißen mit Insultierungen herum, nach denen man sich so ganz in ein „drittes Reich“ verlegt fühlt.

Unter verschiedenen Schichten der werktätigen Bevölkerung unserer Umgebung sind auch schon Stimmen laut geworden: „Ehe ich dort arbeite, verhungere ich lieber auf der Straße.“ Hier beweist es tatsächlich, was Herr Lüdert über einen Arbeiter sich zu sagen erlaubt hat. Der betreffende Arbeiter fragte bei ihm an, ob er Arbeit bekommen könnte, er hätte doch schon fünf Jahre bei ihm gearbeitet. Darauf antwortete Herr Lüdert:

„Fünf Jahre — wenn Sie die Zeit über bei mir wirklich gearbeitet hätten, da müßten Sie schon längst tot sein!“

Bauarbeiter! Die Ausprüche des Unternehmers Lüdert zeigen die ganze Frechheit der Bauherren. In diesem provokatorischen Vergehen gegenüber den Arbeitern werden sie durch das arbeitserbschwerliche Verhalten der Baugewerkschaftsbürokratie gestärkt. Aufgabe der Bauarbeiter ist es, sich der ernsten Situation bewußt zu sein

und so wie die Waldenburger Bauarbeiter — über die wir in den letzten Tagen einige Male berichteten — planmäßig und zielbewußt Abwehrmaßnahmen zu treffen.

Kämpft gegen die Hungerlöhne! Treibt alle Vorbereitungen zum einheitlichen Kampf, zum Streik um eure gerechten Forderungen, um mehr Lohn!

Aus dem Görlitzer Stadtparlament

Gespart wird nur bei den Werttätigen

Görlitz. In der Stadtverordnetenversammlung vom Freitag, 6. Mai, redeten alle Görlitzer Stadtväter sehr viel vom „Sparen“. Aber es zeigte sich im Verlauf der Sitzung wie immer, daß am verkehrten Ende die Sparmaßnahme eingeleitet wird. Als ersten Punkt wurde die Genehmigung des Stellenplanes vorgenommen und von allen Parteien, außer den Kommunisten, angenommen. Von unseren Genossen wurde der Stellenplan deshalb abgelehnt, weil er ganz unvollkommen war und die Gehälter der hohen Beamten ganz wenig oder fast gar nicht gekürzt wurden. Die Sparmaßnahme legte nur bei den unteren Beamten ein.

Das Schmerzenskind „Stadttheater Görlitz“ spielte im nächsten Punkt eine große Rolle. Wie überall, so ist auch in Görlitz das Theater ein Zuschlaggebiet. Das Sparwort kommt auch hier zum Ausdruck. Weitere 8 Musiker sollen abgebaut werden. Außerdem soll fast allen Solisten, dem Chor und Bühnenpersonal das Gehalt um 3-6 Prozent abgebaut werden. Aber bei dem hohen Gehalt des Intendanten Stahl stimmten alle Stadtverordneten, außer den Kommunisten, dafür, daß dasselbe mit einem ganz geringen Abzug bestehen bleibt.

Ueber die Einsparung der Lebensmittelliste Görlitz ließen alle Stadtväter ihre Schellen öffnen, um zum Ausdruck zu bringen, wie groß ihre „Liebe“ zum Volke ist. 4 Stunden tobte die Redeschlacht und das ganze ging, mit Ausnahme der Auflösung der Lebensmittelliste und Zusammenlegung mit dem Wohlfahrtsamt,

Nazi-Ausbeuter im Sägewerk Fliegerhofer

Wieslau. In dem Sägewerk Fliegerhofer wurden vor einigen Monaten fast alle Arbeiter entlassen. Das geschah mit der Begründung, daß das Werk vom Staat keinen Zuschuß erhalte. Ten Nazispülungen dieses Sägewerks erzielten der Betrieb nicht mehr rentabel, weil sie nicht mehr soviel Profit herausbrachten konnten. Zur Zeit sind in diesem Werk noch einige Arbeiter mit Verladen von Brettern beschäftigt. Unter ihnen tut sich der Nazispülung Reichelt besonders hervor. Er zwingt die Arbeiter direkt, Mitglied der Nazi zu werden. So wurde auch der Arbeiter Reinhardt Juch, Tittersbach, ein Opfer dieses Naziterrors. Zudem verbot der Nazispülung, die Mitgliedsbeiträge für die Arbeiter zu bezahlen.

Die Arbeiter dürfen sich diesem Terror nicht beugen, sie dürfen sich solche Druckmittel nicht gefallen lassen. Die Entlassungen der Arbeiter in dem Sägewerk beweisen, daß die Nazispülung an den Arbeitern nur soweit Interesse haben, als sie aus ihnen Profit raus-schinden können. Auf das Sägewerk Fliegerhofer wird die Arbeiter-schaft, werden insbesondere die Erwerbslosen, ein besonderes Augen-merk haben müssen.

Die KPD führte hier ebenfalls eine Mäßeier durch, die sich jedoch zu einer großen Meite gestaltete. Der Referent Morben aus Breslau war nicht erschienen. Unseren Genossen gelang es hier, vier Mitglieder der kommunistischen Partei zuzuführen. Das zeigt, daß das Vertrauen der Arbeiter zur kommunistischen Partei auch in unserem Ort im Wachsen begriffen ist!

Der Glogauer KJB auf Landagitation

Glogau. Am Dinnelfahrtstage veranstaltete der Glogauer KJB eine Landpropaganda. Die Agitationsreise ging durch Leitzgräbich, Diegnitz, Kalsen. Wir verkauften Broschüren und Zeitungen. Als wir in Diegnitz verkaufen wollten, kam der Landjäger und erlaubte nur das Zeitungverkaufen. Der Broschürenverkauf wurde von ihm verboten. Als wir nun im Dorfe mit ein paar Nazi-Arbeiter diskutierten, kam der Landjäger und sagte: „Verstummungen unter freiem Himmel sind nicht gestattet.“ Als man ihm klarlegte, daß es nur eine Diskussion und keine öffentliche Versammlung sei, wollte er den Namen eines Genossen wissen. Dieser gab ihm denselben aber nicht an. Jetzt schien sich der Landjäger im „dritten Reich“ zu fühlen. Er wollte sich vor den Nazi-jüngern keine Blöße geben und den Genossen verhaften. Durch das geschlossene Auftreten aller anwesenden Jungarbeiter wurde dies unterbunden. Daraus kann jeder Klassenkämpfer erkennen, daß man durch geschlossenes Auftreten sein Ziel immer erreichen kann. Jungarbeiter, kämpft mit dem kommunistischen Jugendverband gegen jeglichen faschistischen Terror. Vst die „Junge Wacht“, das Organ der werktätigen Jugend in Stadt und Land (erschint wieder ab 15. Mai).

Konferenz des Konsumvereins Neu-Salzbrunn

Verstärkt die Arbeit zum Kampf gegen die reformistische Genossenschaftsbürokratie

Waldenburg. Am Donnerstag, den 5. Mai, fand in Weichseln im „Bürgerheim“ eine Teilkonferenz von 21 Vätern des Konsumvereins Neu-Salzbrunn statt. Anwesend waren die Genossenschaftsvertreter und das Verbandspersonal. Der Zweck dieser Konferenz sollte sein, die Aufgaben der Vertrauensleute und des Personal zu besprechen. Der Hinderburg Sozialist Elsner bemühte sich nicht, sondern auf dieses Thema einzugehen. Er enthielt nur eine müßige Kommunistenheke und griff den Genossen Neumann persönlich auf Grund des erschienenen Artikels in der Arbeiter-Zeitung von der letzten Vertreterversammlung an.

In der Aussprache rechnete Genosse Neumann scharf aber auch mit diesem demagogischen Hecker ab. Auf die vielen Außenstände, die heute eine beträchtliche Summe betragen, wies er darauf hin, daß es mit Aufgabe der Genossenschaft ist, zu kämpfen gegen die Unterstützungs-, Renten- und Lohnabbau, denn der Arbeiter kann heute nicht mehr das notwendige kaufen, um sich und seine Familie vor dem Verhungern zu schützen. Auf die politische Neutralität, die von diesem „Wirtschaftler“ Elsner (wie er sich immer gerne selbst nennt, aber bei weitem keiner ist) immer wieder betont wird, sagte er ganz offen: „Diese politische Neutralität ist nur eine leere Phrase.“ Er wies daraufhin, daß die Genossenschaft zu jeder Gelegenheit Propaganda treibt für die kapitalistische Republi, wie am 1. Mai durch das Heraushängen der schwarz-rot-goldenen Fahnen.

Die Ausführungen der übrigen Redner, hauptsächlich von

Becker, der sich empfiehlt, in einer Versammlung ein Referat über „die Landwirtschaft (I) der Kommunisten in den Genossenschaften Halle-Merleburg“ zu halten, waren daselbe, als wie die Ausführungen von Elsner — nämlich Kommunistenheke. Wie sehr heute schon parteilose Arbeiter von dieser Heke angewidert sind, zeigte das Auftreten eines parteilosen Vertreters, der ausfuhrte, „bis jetzt könne noch niemand behaupten, ob die Genossenschaftschädlich gearbeitet habe, wie es Elsner behauptete, und Elsner sollte lieber aufhören, auf die zu hegen und politische Arbeit leisten.“ Genossen, jetzt heißt es mehr wie je auf diesem Gebiete vor-zukommen, denn der Verlauf dieser Konferenz hat uns gezeigt, daß wir uns auf dem richtigen Wege befinden.

wie das Hornberger Schießen aus. Bei der Zusammenlegung dieser Stellen spart der Magistrat insgesamt 80.000 Mark ein. Der Handstreit in dieser Frage entwickelte sich nur um den Vertreter der Lebensmittelliste, der angeblich der SPD nahestand. Die Nazis und Wirtschaftspartei glaubten einen heilern Mann für diese Futtertröge zu haben. Den Gewerkschaften liegt nicht ferne an der Befestigung des Postens, als vielmehr an der gerechten Verteilung und Wahrung ihrer Interessen, was von einem Sozialdemokraten so wenig getan wird, wie von einem Nazis, die beide nur das Interesse des kapitalistischen Staates im Auge haben. Gen. Preuß lagte mit Recht, daß man über die hohen Gehälter der oberen Beamten nicht soviel Worte verlieren, als wenn es alle, den Minderbemittelten von dem Wenigen, was sie haben, noch etwas weg zu nehmen. Bei der Frage der hohen Gehälter ist man schnell mit der Abdröselung der Debatte bei der Hand. Ebenso wurde von unsern Genossen gerügt, wie „vorteilhaft“ der Magistrat (Lebensmittelliste) in der Frage Karisfeldlieferung arbeitet. Der Ratner Marschel wurde mit 60 Pfennig bis 1 Mark eingekauft und das Band an die Minderbemittelten mit 2 Pfennig abgesetzt.

Die Kartoffeln selbst waren aber oft in einem solchen Zustand, daß man von 10 Pfund mindestens 5 Pfund wegwerfen mußte.

So sieht also die Fürsorge für die Armen der Armen aus. Wenn durch die Verschmelzung der Lebensmittelliste mit dem Wohlfahrtsamt auch große Summen an Betriebskosten gespart werden (man spricht von 80.000 Mark), so kann aber immer noch nicht gesagt werden, daß da eine Verbesserung der KPD-Karteninhaber erfolgt. Der Magistrat hat nicht erklärt, wem diese eingesparte Summe zufließt. Wir wissen, daß man diese nicht den Wohlfahrtsamtsempfängern zur Verfügung stellt.

Die Sitzung und der Verkauf haben wieder einmal gezeigt, daß man vieles Stroh drischt, aber keine Körner dabei herauskommen und daß die Behörden doch durchführen, was sie wollen, ganz gleich, was im Parlament beschlossen wird. Diese Methode ist notwendig, um den Massen Sand in die Augen zu streuen und sie von dem wirklichen Feind, der hinter den Kulissen geführt wird, abzulenken. Doch wir Kommunisten werden immer und immer wieder der Deutlichkeit klar und deutlich sagen, was vom Parlament für sie abfällt. Wir werden den Massen auch sagen, daß sie nicht auf diese verlassen dürfen, sondern sich zusammenschließen müssen zur roten Einheitsfront für den Kampf um die Befreiung von dem Sklavenjoch des Kapitalismus. Polit.

Jetzt ist jede dritte in Deutschland gerauchte 318 Zigarette (mit Gold) eine mild-süße CLUB

Rund um den Erdball

Grubenunfälle

Spiel mit Arbeiterleben — Schamlose Verleumdung der Arbeiterschaft durch die Unternehmer

Wir haben vor einigen Tagen die Nachricht über das Grubenunglück in der Concordia Grube gebracht. Wir hatten damals die Nachricht einer bürgerlichen Agentur übernommen und haben sie im Wortlaut wiedergegeben. Diese bürgerliche Agentur meldete, daß ein Unglück durch das leuchtende Umgeben eines Grubenarbeiters mit einem Streichholz entstanden sei.

Genosse Sobotta nimmt zu dieser Frage Stellung und weist uns die unbegreiflichen schamlosen Verleumdungen der Unternehmer hin, und wie die bürgerliche Presse diese Meldungen zu einer Fabel gegen die Arbeiterschaft ausmaut. Wir geben hier im Nachstehenden die Ausführungen des Genossen Sobotta wieder:

In den letzten Monaten nehmen die Grubenunfälle einen immer größeren Umfang an. Um von den Ursachen dieser Unfallhäufung abzulassen, führt die den Grubenkapitalisten willfährige Presse eine Verleumdungskampagne gegen die Bergarbeiter. Vor einigen Monaten ging durch die Presse die Nachricht, daß auf einer Fährte ein Bergmann eine Zigarette in der Grube geraucht habe. Bis heute konnte aber weder der Name der Fährte, noch der des Bergmanns angegeben werden. Die Fährtenfahrt war eine Schindung der Trabant der Fährtenverordnungen und eine bewusste Verleumdung der Bergarbeiter.

Diese Verleumdung der Bergarbeiter hat aus Anlaß der Grubenkatastrophe auf der Concordia Grube in Oberhessen alles Mißtrauen gegen die Grubenverwaltung hervorgerufen. Die Direction der Concordia Grube gab am selben Tage, an dem das Unglück geschah, eine Mitteilung heraus, in der es heißt:

„Vom Abend des 10. Mai ist das Unglück durch das Entzünden eines Streichholzes durch einen Grubenarbeiter verursacht worden. Zum Glück war die Wetterführung in Ordnung, sonst hätte das Unglück noch größere Ausmaße angenommen.“

Obwohl den berechtigten Ansprüchen der Arbeiter, wird hier behauptet, daß die Grubenverwaltung durch einen Grubenarbeiter mit einem Streichholz angezündet worden sei. Die Direction behauptet eine solche Behauptung an die Presse, obwohl sie genau weiß, daß vom berechtigten Standpunkt aus eine solche Behauptung unzulässig ist. Bloß um die Arbeiter zu verunsichern, wird dann gesagt,

daß zum Glück die Wetterführung in Ordnung war, sonst hätte das Unglück noch ein größeres Ausmaß angenommen. Dabei steht auch hier fest, daß, wenn die Wetterführung in Ordnung gewesen wäre, keine Schlagwetter sich ansammeln konnten. Da Schlagwetter explodiert und, wenn sie vorhanden gewesen und vor den Leuten nicht gelöscht sind, wenn die Wetterführung nicht in Ordnung war, wäre die Wetterführung in Ordnung gewesen, konnten sich keine Schlagwetter ansammeln und konnten auch keine explodieren.

Die Mitteilung der Grubenverwaltung war daher nichts anderes, als eine bewusste schamlose Verleumdung der Bergarbeiter. Diese Verleumdung wurde leider von der gesamten Presse übernommen und verbreitet. Die nationalsozialistische „Deutsche Zeitung“ brachte sie sogar unter der großen Überschrift: „Schlagwetterexplosion infolge verbrecherischen Leichtsinns.“ In dieser Mitteilung des Streickers für das „Dritte Reich“ wird sogar gesagt:

„Nach den ersten Feststellungen ist das Unglück tatsächlich durch die Unvorsichtigkeit eines Bergmanns verursacht worden, der ein Streichholz ansteckte und damit in ganz unverantwortlicher Weise sein eigenes Leben und das seiner Kameraden aufs Spiel setzte.“

Das schreibt dieses Organ, obwohl schon das Oberbergamt die Nachricht verbreitet hatte, daß die Feststellungen keine Merkmale ergeben haben, aus denen festgestellt werden könnte, daß die Schlagwetter durch Anzünden von Streichhölzern zur Explosion gebracht worden seien.

Die Zusätze dieser Presse muß um so mehr und mit aller Schärfe bestritten werden, als es jeder Redaktion bekannt sein muß, daß gerade die Concordia-Grube in Oberhessen alle Sicherheitsvorrichtungen außer acht läßt. Durch die Schuld der Grubenverwaltung der Concordia-Grube wurden im Mai 1930 neun Bergarbeiter getötet. Im Laufe der Zeit ereigneten sich weiter eine Reihe schwerer Unfälle, ohne daß die Sicherheitsvorrichtungen verbessert worden wäre. Der letzte Unfall ist auf nichts anderes, als auf die Schuld der Verwaltung zurückzuführen. Um davon die Schuld abzulassen, deshalb die Verleumdungen gegen die Bergarbeiter.“

Amerikas „Zepp“ im Kampf mit dem Sturm

New York, 10. Mai. Das Riesenluftschiff „Akron“ geriet bei einer Fahrt zu Manövern nach dem pazifischen Küstengebiet in einen schweren Sturm. Sämtliche Einwohner der Stadt San Angelo wurden alarmiert, um bei einem Landungsversuch des Luftschiffes Hilfe zu leisten. Alle Versuche, das Luftschiff landen zu lassen, scheiterten jedoch wegen des heftigen Sturmes. Das „Akron“ trieb in der Richtung auf S. Cristobal ab. Man ist über ihr Schicksal in größter Unruhe.

Riesiger Erdrutsch

II. Paris, Aus Chambery in Savoyen werden große Erdrutsche gemeldet, durch die sich ein ganzes Dorf in Gefahr befindet, verschüttet zu werden. Etwa zwei Millionen Kubikmeter Erde haben sich in Bewegung gesetzt und rutschen langsam abwärts ins Tal.

Die Frau des Präsidentenmörders



Die Gattin des Mörders des französischen Staatspräsidenten Doumer, Frau Gorgulow, wurde nach der Tat ihres Mannes in Monaco verhaftet und nach Paris übergeführt.

Tal. Von zehn Häusern auf dieser wandernden Oberfläche wurden drei bereits vollkommen zerstört, da die Erdrassen während des Abbruchs — wie bei Erdbeben — plötzlich kassende Risse bekommen, in denen Bäume und Häuser versinken. Die Bewohner der im Tal gelegenen Dörfer beeilen sich, ihre Wohnungen zu räumen und lebendes und totes Inventar in Sicherheit zu bringen.

Zwei Personen im Kraftwagen verbrannt

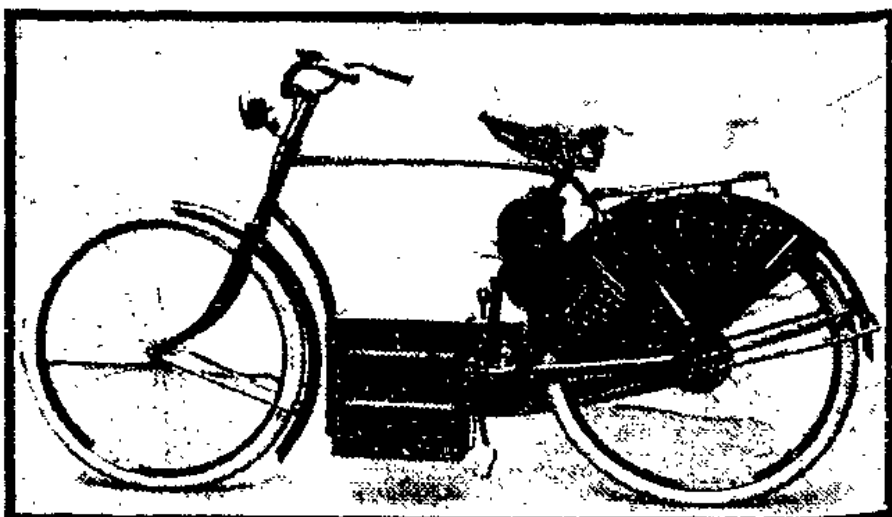
Der Chauffeur schwer verletzt

II. Grevenbroich, 10. Mai. Zwischen Rothausen und Hemmerden ereignete sich am Montagabend ein schweres Autounfall. Ein aus Richtung Jülich kommender, mit drei Personen besetzter Kraftwagen stieß beim Überholen von Radfahrern mit einem Lastwagen zusammen und geriet dabei durch Explosion des Benzin tanks in Brand. Während der Chauffeur — wenn auch mit lebensgefährlichen Brandwunden — gerettet werden konnte, verbrannten die beiden anderen Insassen, ein Herr und eine Dame, bei lebendigem Leibe. Der Chauffeur wurde ins Krankenhaus nach Neuf geschafft.

Brand bei Tobis

In den Filmwerkstätten der „Tobis“-Filmgesellschaft in Epinal bei Paris brach gestern ein Brand aus, der Filmnegative im Werte von rund 10 Millionen Franken vernichtete. Bei den Löscharbeiten wurden vier Feuerwehrleute verletzt.

Das elektrische Fahrrad



Eine holländische Fabrik hat ein Fahrrad mit elektrischem Antrieb konstruiert, das mit einem auswechselbaren 12-Volt-Akku motorisiert ist und in der Stunde 20 Kilometer leistet.

Raubüberfall auf einen Geldbriefträger

Der Ueberfallene schwer verletzt — Der Täter gefaßt

Berlin, 10. Mai. In der Stubenrauchstraße 71 in Friedenau wurde heute vormittag kurz vor 9 Uhr auf den Geldbriefträger Karl Weichert, der sich auf einem Beifahrer befand, ein Raubattentat verübt. Der Postkassierer wurde im Treppenhaus von dem Verbrecher mit einem in einem Sack eingeknäulten Stein über den Kopf geschlagen und fiel zu Boden.

Er konnte noch um Hilfe rufen. Mehrere Passanten ließen hierzu. Der Täter flüchtete. Er wurde festgenommen und auf der Polizeiwache als der 23-jährige Griech Korkublu aus der Fennstraße 9 am Wedding festgestellt. Weichert, der bei dem Sturz auf der Treppe eine Gehirnerschütterung erlitt, wurde nach dem Krankenhaus gebracht.

Heute vormittag gegen 10 Uhr folgte im Hof des Grundbesitzes Stubenrauchstraße 71 ein Verbrechen. Ein Mann, der heute gerade ein letztes Stück auf der Treppe, als er plötzlich Schritte hörte. Daraufhin brach er sofort das Bein ab und lief nach dem Treppenhause.

Als er in der Haustür stand, sah er einen Mann, der Treppen herunter, nach ihm schielte, als er ihn aufhalten wollte, und konnte durch die Haustür entkommen. Der Verleumdete rief um Hilfe. Aus der Fährte von Franz Hantelrich kamen

mehrere Badergeößen und der Weichert, die sich mit dem Verleumdeten an die Verfolgung des Flüchtigen machten.

Diebstahl von der Stubenrauchstraße in die Odenwaldstraße bis an die Ecke der Füllingstraße. Die Schar der Verfolger vernichtete sich um einen Zeitungshändler, eine Autodroste und einen Verwalter. In der Ecke gelang es, durch die Autos dem Flüchtigen den Weg abzuschneiden und ihn zu stellen.

Heberfall am Postschalter

Chemnitz, 10. Mai. Als am Montagnachmittag eine 20-jährige Komantin an einem Schalter der Hauptpost 450 Mark in Geldscheinen aufgezählt hatte, trat ein unbekannter Mann an den Schalter, nahm die Scheine und ergieß damit die Flucht. Die übergeordnete Komantin erlitt den Dieb sofort nach und auf ihre Fährten gelang es hilfsbereiten Personen, den Täter aufzuhalten. Da aber einzelne Personen für den Dieb Partei ergreifen, gelang es ihm, zu entkommen. Von dem sofort herbeigerufenen Verhaftungsmann wurde der Dieb unter Hinzuziehung eines polizeibereiten Knaben, der ihn wiedererkannte, gestellt und dem Kriminalamt zugeführt. Der Dieb ist ein 21-jähriger Krieger aus Friedland in Ostpreußen.

Am Schauplatz der Katastrophe



Polizeiobermachtmeister als Sexualverbrecher

II. Deterow, 10. Mai. Ein hiesiger Polizeiobermachtmeister wurde verhaftet und dem Gerichtsgefängnis in Güstrow zugeführt, weil er sich an einer im Polizeigewahrsam befindlichen Schnitterin fittlich vergangen hatte. Er wurde nach Bekanntwerden der Tat sofort seines Dienstes enthoben. Er ist verheiratet und hat zwei Töchter.

Furchtbare Bluttat

II. Stendal, 10. Mai. In der Nacht zum Dienstag ereignete sich in Groß-Möhringen die 21-jährige Ehefrau Reimann ihren Ehemann und verletzte ihre Schwiegermutter, die dort zu Besuch weilte, schwer. Der Mann war sofort tot, die Schwiegermutter wurde mit lebensgefährlichen Schädelverletzungen in das Stendaler Johanniter-Krankenhaus eingeliefert. Die Täterin entfloh und ließ sich bei Groß-Möhringen von einem Zug überfahren.

Todessturz eines Kindes

Das 17 Monate alte Kind eines Ehepaares aus Wien erkrankte in einem unbewachten Augenblick einen Stuhl am offenen Fenster und stürzte aus dem zweiten Stock auf die Straße, dicht vor die Räder einer vorbeigehenden Tram, die vor Schreck ohnmächtig wurde. Das Kind war sofort tot.

von Lyon, wo zwei Mietkasernen eingestürzt sind und unter ihren Trümmern Dutzende Menschen begraben haben.

Die Kommunisten zeigen den Ausweg

Reichstagsrede des Genossen Schneller für die rote Einheitsfront

In der Reichstagsdebatte am Montag, dem 9. Mai führte Genosse Ernst Schneller als Redner der KPD. aus:

Antwort an Breitscheid

Herr Breitscheid sprach eben davon, man müsse die Grundlagen des kapitalistischen Staates erhalten, um ihn dann zum Arbeiterstaat zu machen. Das ist der Betrug am arbeitenden Volk, wie er durch die ganze Politik der Sozialdemokratischen Partei geht. Die Politik des Vertrauens von einem Tage zum anderen, von einem Jahr zum anderen, von einem Jahrzehnt zum anderen, von einer Ausplünderung zur anderen. Je mehr die einfachsten, elementarsten Lebensrechte der arbeitenden Massen abgebaut werden, um so unversämter und hartnäckiger kommt die Sozialdemokratie mit ihrer Behauptung, man müsse diesen Staat, der die Arbeiter ausplündert und unterdrückt, erhalten.

Wir Kommunisten sehen gegenüber diesen schamlosen Betrugsmethoden das klare Ziel: Dieser Staat muß zerstört werden! Wir sagen: Die Krise des Kapitalismus ist so angewachsen, daß die Frage heute so steht:

Wenn die werktätigen Schichten des Volkes leben wollen, dann muß der Kapitalismus vernichtet werden.

(Lebhafter Beifall bei den Kommunisten.) Der Kapitalismus ist nicht mehr imstande, dem arbeitenden Volk die Existenzgrundlage zu erhalten. Herr Breitscheid sagte, daß die Weltkrise vor keinem Lande halt gemacht hat. Das stimmt nicht.

Die Sowjetunion ist das Land ohne Krise. Ohne Arbeitslosigkeit. Ohne Faschismus, sie ist das Land des ungeheuer grandiosen Aufstiegs des Sozialismus, der Wirtschaft, der Kultur und des Wohlstandes der Massen.

Zwei Systeme stehen sich gegenüber. Kapitalismus und Sozialismus. Der eine Weg führt in die Barbarei. Diesen Weg gehen alle Parteien, von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten. Wir stellen dagegen unseren Ausweg, den Weg des revolutionären Kampfes, den Sturz des Kapitalismus, die Aufrichtung der Diktatur des Proletariats. (Beifall bei den Kommunisten.)

Die Einheitsfront der Kriegsheer

Reichsanwalt Brüning hat gestern in seiner Rede vor der Auslandspresse erklärt, daß, wenn es nicht gelinge, in den entscheidenden Fragen der Reparationen, der Abrüstung und der internationalen Kreditfrage zu einer Lösung zu kommen, dann sei das Anwachsen der revolutionären Fronten unvermeidlich. Wir kennen diese Worte seit allen Verhandlungen, die jemals von deutscher Seite geführt worden sind. Immer hat man erklärt: Trotz an das Anwachsen der revolutionären Bewegung, geht uns Handlungsfreiheit, geht uns die Möglichkeit, auch durch den Ausbau der Rüstungen der revolutionären Bewegung Herr zu werden. (Sehr wahr, b. d. Kommunisten.)

Herr Brüning hat auch die Frage der Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten angeknüpft. Er meint, jetzt sei die Bahn frei zur gemeinsamen Arbeit. Die Einheitsfront, wie sie Brüning hier vertritt, wäre schon längst zustande gekommen, wenn die Unzufriedenheit, die die Massen in der Hitlerpartei, die mit dem kapitalistischen System unzufrieden sind, einfach weggespült werden können. Die nationalsozialistischen Führer wollen darum solche Manipulationen, daß sie sie gegenstandslos gegen ihre eigenen Anhänger anwenden können, wenn diese die Erfüllung aller Versprechungen verlangen. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

„Germania“ und Lardieu

Die Erörterung der entscheidenden Fragen, die in der Rede des Reichsanwalts Brüning aufgeführt wurden, muß noch ergänzt werden durch eine Betrachtung der Haltung, die das Organ des Reichsanwalts, die „Germania“ in der Frage der Sowjetunion eingenommen hat. Die „Germania“ steht in das Horn der französischen Regierung, die immer wieder betont, man müsse eine „heilige Allianz“ gegen den Bolschewismus, gegen die Sowjetunion“ schaffen. Es handelt sich zweifellos bei der Haltung der „Germania“ um eine Weisung von höherer Stelle. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.) Das Organ des Reichsanwalts unterneht den Versuch, die Propagation der imperialistischen Mächte gegen die Sowjetunion zu leiten. Das bedeutet die ganze außenpolitische Situation, in der die deutsche Reichsregierung ihre Verhandlungen durchführt.

Man hat lange Zeit versucht, es so hinzustellen, als ob eine Kriegsjahr überhaupt nicht besteht. Vor allem leugneten die Sozialdemokraten die Kriegsgefahr. Doch heute läßt der japanische Imperialismus vor keinem Zweifel mehr darüber, daß er keine Politik gegenüber der Sowjetunion mit allen Mitteln durchzuführen wird. Die Zeichen des Imperialismus stehen auf Kopf. Wenn jetzt angeblich in Schanghai Waffenstillstand abgeschlossen worden ist, so bedeutet das nur das Vorzeichen zum verheerenden Kampf Japans unmittelbar gegen die Sowjetunion. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Alles für den Sieg der Sowjetunion

Wir senden auch von hier aus den kämpfenden chinesischen Kommunisten, den Arbeitern und den revolutionären Soldaten unsere Grüße und verpflichten uns uneingeschränkt, den härtesten Kampf gegen die imperialistischen Kriegstreiber, Kriegsgeher und Kriegsorganisatoren im eigenen Lande zu führen. (Stürmisches Händeklatschen bei den Kommunisten.)

Deutschland befindet sich gegenwärtig erneut am Abgrund. Auf welcher Grundlage? Auf der Grundlage der Sicherung dieser Kredite durch Lohnabbau, Unterstützungsabbau und Terror gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung. Das kapitalistische Deutschland ist bereit, um des Geldes willen, an einem Selbstmord gegen die Sowjetunion teilzunehmen.

Aber in diesem Zusammenhang steht ein weiteres Problem. Die Arbeiter und Bauern, die Soldaten der Sowjetmacht haben in den ersten Jahren nach der Revolution gegen

vierzehn Fronten erfolgreich die Revolution verteidigt. Sie haben sich seitdem besser organisiert, haben sich eine Wirtschaft aufgebaut, haben einen Wohlstand geschaffen, sie sind heute eine größere Kraft als je zuvor. Und hinter dem Rücken der weißen

Armeen, die gegen die Sowjetunion marschieren werden, stehen große revolutionäre Parteien, die entschlossen sind, gemeinsam mit dem Proletariat alles für den Schutz und den Sieg der Sowjetunion zu tun. (Lebhafter Beifall bei den Kommunisten.)

Deutschland rüstet zum Krieg

Niemand kann leugnen, daß der Krieg im Fernen Osten sich auch schon längst auf Deutschland übertragen hat. Deutsche Offiziere, die vom Reich Pensionen erhalten, Generale und Staatsbeamte sind als Organisatoren im Fernen Osten tätig. Die Nationalsozialisten haben eine Vermittlung für nationalsozialistische Flieger aufgemacht, die für Japan in der Mandchurien zu kämpfen bereit sind. (Hört, hört und Zurufe: „Fremdenlegionäre!“) In der chemischen Industrie, der Metallindustrie wird Kriegsmunition für Japan hergestellt. Verträge zwischen Schneider-Creuzot und den Anilin- und Soda-werken über Sprengstofflieferungen für Japan wurden abgeschlossen. (Hört, hört bei den Komm.) Die französische Munitionsfirma Schneider-Creuzot, die ja auch den Nationalsozialisten Subventionen gegeben hat, treibt die eifrigste Kriegspropaganda gegen die Sowjetunion. Geheimrüstungen werden heute verschärft fortgesetzt. Staatssubventionen erhalten vor allem die kriegswichtigen Betriebe.

In dieser ersten Situation hatten wir uns für verpflichtet,

Hintergründe des Verbots der proletarischen Freidenker

Dieselbe Bourgeoisie, die den nationalsozialistischen Terror mit allen Mitteln unterstützt, glaubt durch Verbotsmaßnahmen eine Stärkung der revolutionären Bewegung und eine Stärkung der roten Einheitsfront unterbinden zu können. Das arbeitende Volk aber erkennt immer mehr: Freiheit und Gleichheit kann es zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten nicht geben. Die Bourgeoisie baut jetzt die einfachsten Grundrechte der Meinungsfreiheit und der Koalitionsfreiheit ab. Man will die Betätigung der proletarischen Freidenker verhindern. Die Verbotsverordnung, die nach dieser Richtung hin ergangen ist, ist eine Ungeheuerlichkeit. Sie beschränkt sich nicht darauf, die Organisation aufzulösen, sondern bedroht mit Geld und Gefängnisstrafen bis zu 5 Jahren jede Betätigung im Sinne der proletarischen Freidenker. (Stürmisches Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Das Verbot der proletarischen Freidenker ist zugleich ein Alarmzeichen auch für die Angehörigen der sogenannten deutschen Freidenker. Das Verbot der proletarischen Freidenker liegt vollkommen in der Linie der Faschisierung Deutschlands. Die gesamte Innenpolitik wird immer offener in den Dienst der Kriegspolitik gestellt, denn in der Sache gegen die Sowjetunion spielt die Kirche eine besondere Rolle. (Sehr wahr, b. d. Komm.)

Wo ist der Ausweg?

Die Wirtschaftspolitik des kapitalistischen Deutschlands muß notwendigerweise zu einer immer schärferen Verarmung, zu einer schlimmeren Notlage der arbeitenden Massen führen. In nächster Zeit wird im verstärkten Ausmaß die Politik der Beseitigung der Sozialvericherung, des Abbaus der Löhne und der Unterstützungen durchgeführt werden. Die Sozialdemokraten haben durch Herrn Breitscheid eben offen erklären müssen, daß sie die Reichsregierung in jeder Hinsicht offen unterstützen werden. So bekommt auch das Zentrum Zeit für den Kuhhandel mit den Nationalsozialisten. Es zeigt sich, daß die Nationalsozialisten von der Politik der Sozialdemokraten profitieren. Die Sozialdemokraten haben das arbeitende Volk vom Kampf abgehalten, sie haben die Arbeiterbewegung systematisch gespalten, sie haben systematisch die Niederlage herbeigeführt.

Wie 1919 Moske mit dem Ritter von Epp zusammen zur Niederschlagung der revolutionären Arbeiter vorging, so wirken

die ganze werktätige Bevölkerung aufzurufen, diesen Kriegsvorbereitungen die größte Aufmerksamkeit zu widmen. Alle Kriegsmassnahmen aufzudecken, alle Kriegstransporte, alle Kriegspromissionen zu verhindern, durch Streiks und Kampfkaktionen mit allen Mitteln unmöglich zu machen. Wir appellieren an die Frauen und an die Jugend des arbeitenden Volkes zum entschiedenen Kampf gegen die imperialistische Kriegspolitik und zur Verteidigung der Sowjetunion. (An dieser Stelle spricht Genosse Schneller ausführlich zu den Soldaten der Wehrmacht. Wir können diese Stellen infolge der Notverordnung nicht abdrucken. Unter stürmischem Beifall verweist Genosse Schneller auf das Beispiel des Genossen Willi Schulz in Gießenwald und das Beispiel des Genossen Scheringer. Dabei kommt es zu einem Tumult, als der Naziabgeordnete Dreher, der Denunziant des Genossen Scheringer, den Saal betritt. Die Kommunisten rufen Dreher zu: „Denunziant!“ Der Tumult steigert sich, Rufe ertönen: „Ordnung! Ruhe!“ Immer wieder rufen die Kommunisten Dreher seine Schandtaten ins Gesicht. Schließlich verschwindet Dreher.

heute Severing und Klages zur Durchführung der Brüningischen Notverordnungsliste zusammen. Und so ist Severing bereit, gemeinsam mit den Nationalsozialisten in eine Regierung hineinzugehen. Schon einmal, im Jahre 1920, war die Kapp-Regierung bereit, Severing einen Ministerposten anzutragen, weil er sich im Kampf um die Arbeiterklasse so bewährt hatte.

Gerade wegen der Zusammenarbeit der Politik der sozialdemokratischen Führer mit der nationalsozialistischen Politik, gerade deswegen, weil heute die Fragen des Faschismus, die Fragen des Hungers, mit den Fragen des Krieges in engster Verbindung stehen, darum müssen wir von dieser Stelle aus um so eindringlicher und ernster vor den breiten Arbeitermassen die Frage der

Bildung der roten Einheitsfront

stellen. Die sozialdemokratischen Führer sagen jetzt: Laßt die Nationalsozialisten in die Regierung! Demgegenüber sagen wir: Die Fortführung der Politik der Duldung der Brüningregierung, der Politik der direkten Unterstützung des Faschismus durch die sozialdemokratischen Führer, muß den sozialdemokratischen Arbeitern die Augen darüber öffnen, in welcher verheerender Weise sie bisher getäuscht worden sind und in Zukunft getäuscht werden sollen. Wir haben Beispiele aus den letzten Tagen, daß es möglich ist, und zwar durch Massenkampf, Unterstützungsabbau und Lohnabbau zu verhindern. In vielen Gemeinden in Sachsen, wo Unterstützungsabbau durchgeführt werden sollte, mußte er unter dem Druck der demonstrierenden Erwerbslosen unterbleiben. Im Kampf gegen den Faschismus standen die Arbeiter in Braunschweig, in Bernau, in Teltow, in Biersen, fest zusammen in einer Front.

An diesen Beispielen werden die Werktätigen in ganz Deutschland lernen, daß nicht parlamentarische Kombinationen, nicht Versprechungen aus Not und Elend heraus helfen, sondern daß sie nur dann, wenn sie auf eigene Kraft vertrauen, wenn sie sich in fester Front zusammenschließen, Hunger, Unterdrückung und Kriegspolitik überwinden.

Der Massenkampf wird das Ziel des Proletariats, des werktätigen Volkes verwirklichen, wird die neue Welt des Sozialismus schaffen. (Langanhaltendes Händeklatschen.)

Fort mit dem Freidenker-Verbot!

KPD. fordert Aufhebung der Verbotsverordnung

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat im Reichstag die sofortige Aufhebung der Verordnung über die Auflösung der proletarischen Freidenkerorganisation beantragt und darüber hinaus folgende Interpellation eingebracht:

„Durch Verordnung des Reichspräsidenten vom 3. Mai 1932 über die Auflösung kommunistischer Gottloosenorganisationen wird den proletarischen Freidenkern das verfassungsmäßige Recht des organisierten Zusammenstehens auf gemeinsamer weltanschaulicher Grundlage und zur Pflege sowie zur Verbreitung dieser Weltanschauung genommen und diese durch Verfassung und allgemeine Gesetze erlaubte Betätigung durch Ausnahmeverordnung unter Kriminalstrafe bis zu fünf Jahren Gefängnis gestellt.“

Durch diese Maßnahmen werden Millionen von Proletariern unter Ausnahmerecht gestellt und der Versuch gemacht, sie der kirchlichen und religiösen Propaganda auszuliefern, indem ihnen einseitig das Recht auf Erwiderung und Abwehr sowie auf Betätigung im Sinne ihrer eigenen Weltanschauung genommen wird.

Ist die Reichsregierung bereit, diese Verordnung unverzüglich zurückzuziehen und sich wegen dieses Ausnahmemaßes gegen Millionen Werktätige vor dem Reichstage zu verantworten?“

SPD.-Presse unterstützt Verbot

Während sich alle freiheitlich gesinnten Menschen in die Kampffront gegen das Freidenkerverbot einreihen, unterstützt ein Teil der SPD.-Presse ganz offen den faschistischen Schlag gegen die Betätigungsfreiheit. So schreibt die sozialdemokratische Rhein- und Ruhr-Presse: „Diese Gottloosenorganisationen waren nichts weiter, als eine mechanische, auf Befehl

Moskaus entstandene Nachäffung von Einrichtungen der kommunistischen Partei Rußlands.“

Severing bereitete den Boden für Freidenkerverbot

Daß diese inname Verleumdung eine nachträgliche Rechtfertigung für das Verbot der proletarischen Freidenker bedeutet, braucht man keinem Arbeiter zu beweisen. Diese SPD.-Zeitungen legen nur konsequent die Linie fort, die von der SPD. und insbesondere von dem preussischen Innenminister Severing mit der Notverordnung vom 28. März beschritten wurde. Schon in dieser Notverordnung waren die ersten Keime zum Freidenkerverbot enthalten. Damals (am 5. April 1931) schrieb Severing, der Vorsitzende des reformistischen Freidenker-Verbandes, im „Vorwärts“:

„Das Verbot der gesamten Freidenkerbewegung ist das Ziel, auf das die fast katholisch beeinflusste Regierung Brüning-Wirth hingiele.“

Dieses Urteil von Severing stellt eindeutig die Schuld der SPD. an dem jetzt vollzogenen Freidenkerverbot fest.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat die Aufhebung der Verbots-Notverordnung beantragt. Aber dieser Antrag wird unwirksam sein, wenn nicht die Millionenmassen im Protest außerhalb des Parlaments aufmarschieren. Vertausendst euren Protest! Zeigt durch die Taten euren Kampfwillen: Heraus aus der Kirche!

Frecher Ausfall der „Germania“ gegen USSR.

Sie macht aus dem Mörder Gorgulow einen Bolschewisten und aus den Attentätern Stern und Waffiljew Agenten der GPU. Gemeiner Antisowjettismus des Zentrums — Wie unter SPD.-Grzeſiński die Rätewacht beleidigt werden darf

Das Blatt des Reichskanzlers Brüning, die „Germania“, die unter der neuen Chefredaktion des Herrn Ritter einen unverblümt faschistischen Kurs der Kriegsvorbereitung gegen USSR. steuert, setzt die dreiste und infamsten Verleumdungen über die Sowjetunion in die Welt. Sie erfand einen Brief von Krestinski an Stalin, worin das Attentat auf den deutschen Botschaftsrat von Ewardowski als „etwas sonderbar“ bezeichnet wird. Die „Germania“ knüpft daran die Behauptung, daß „die beiden Hauptangeklagten Stern und Waffiljew in Wahrheit langjährige Mitarbeiter der GPU... und nur zum Schein befreit sind“. Gleichzeitig gibt sich das offizielle Organ der deutschen Regierung dazu her, den weißgardistischen Mörder Gorguloff als „Neobolschewisten“ zu verkleiden und die Vermutung auszusprechen, daß er „auf bolschewistische oder antisowjetistische Anregung“ gehandelt habe.

Wir geben dieses Lügenorgan der katholischen Kirche der Verachtung aller Werktätigen preis und lenken ihre Aufmerksamkeit darauf, in wie gehässiger, durch kein Verbot des SPD.-Grzeſiński gehemmter Form die „Germania“ alle Register der Kriegshetze gegen die Sowjetunion ziehen darf. Herr Grzeſiński verbietet die „Rote Fahne“ auf Wochen, wenn sie ein Begrüßungstelegramm an englische Matrosen richtet. Wenn die „Germania“ die Sowjetregierung verleumdet, geschieht nichts.

Die Pogromhete der „Germania“ wächst sich zu einem internationalen Skandal aus und bedroht auf das ernsthafteste die Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion. Das Organ der Sowjetregierung, „Iswestija“, gibt der „Germania“ eine außerordentlich scharfe Abfuhr, die wir nur Wort für Wort unterschreiben können:

„Brawda“ und „Iswestija“ prangern die literarischen Banditen an

Die „Iswestija“ schreiben:

Die von der „Germania“ gebrachten „Informationen aus bestunterrichteten Moskauer Quellen“ von einem Briefwechsel des Stellvertretenden Außenkommissars Krestinski mit dem Politbüro und von einer teuflischen Verschwörung der Staatlichen Politischen Verwaltung gegen die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland gehen selbst über den Rahmen der schlimmsten Aktionen hinaus, von denen die Boulevard-Blätter zu leben pflegen. Die „Germania“ hat es niemals für nötig gehalten, gegenüber der Sowjetunion wenigstens ein Mindestmaß von Objektivität zu bewahren. Gegenwärtig, da sie völlig in die Hand des berüchtigten extrem rechten Zentrumsmanes von Papen, der einen Block mit den Nationalfaschisten zusammenzubringen versucht, übergegangen ist,

beginnt die „Germania“ schon ohne jegliches Zeigenblatt, energisch auf die scharfe Zuspitzung der Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion hinzuwirken.

Indem das Blatt Papens seine Ente in Umlauf bringt, ist es offenbar bemüht, den internationalen Schurken aus dem Geheimdienst und ihren Inspiratoren, die mit Revolvern und Bomben in der Hand die politische Linie Deutschlands gegenüber der Sowjetunion „berichtigen“, ein Mißi zu verschaffen.

Insbefondere ist das Blatt Papens überreißig bemüht, die käuflichen Abenteuer, die mit polnischen Organisationen verbunden sind und bereits eine gebührende Strafe erhalten haben, reinzuwaschen. Zu diesem Zwecke schenkt sich die „Germania“ nicht, einen Detektivfilm zu schaffen, indem die Geißelbarkeit mit ungeheurer Dummheit verteidigt wird. Jedoch der Eifer Papens, der seinen geistigen Fähigkeiten überlegen ist, führt ihn zu weit.

Indem die „Germania“ Stern und Konjorken in Schutz nimmt und ungeniert zu der größten, augenfälligsten Lüge Zuflucht nimmt, vergißt sie, daß sie gleichzeitig allen Abenteurern freie Hand gibt, die auf einen Wink „von oben“ veranlaßt werden, sie könnten zu dieser oder einer anderen Provokation, z. B. in Danzig oder im polnischen Korridor, greifen. Offenbar will Herr Papen auf eine „Annäherung“ mit den katholischen Kreisen Frankreichs und Polens hinarbeiten, zwecks eines neuen Kreuzzuges gegen die Sowjetunion. Offenbar ist er daher so sorgfältig

bestrebt, die „freundschaftlichen“ Beziehungen zwischen Polen und Deutschland mit dem Schmutz sensationeller sowjetfeindlicher Erfindungen zusammenzukitteln.

Papen weiß aber ebenso gut wie wir, daß die katholischen

Poincarés Vertrauensmann auf dem Präsidentenstuhl

Die „negreischen Linen“ stimmen für Lebrun, den Präsidenten der äußersten Reaktion

Paris, 10. Mai. (Eig. Bericht.) Bei der Wahl für den Nachfolger des ermordeten französischen Staatspräsidenten Doumer wurde heute Nachmittag 4 1/2 Uhr im ersten Wahlgang der Senatspräsident Albert Lebrun mit 643 von insgesamt 826 Stimmen zum Präsidenten der Republik gewählt. Der Sozialdemokrat Paul Faure erhielt 96, der kommunistische Genosse Marcel Cachin 21 Stimmen.

Mit Lebrun kommt auf den Präsidentenstuhl Frankreichs ein extremer Reaktionär, ein ausgesprochener Vertreter der Rechten. Die bürgerliche Linke, die bei den Kammerwahlen soeben gegenüber der Rechten einen bedeutenden Wahlsieg errungen hat, jagt trotzdem ihren Präsidentschaftskandidaten Poincaré freiwillig

zurück. Das zeigt schon den Kurs, den der wahrscheinliche neue Ministerpräsident Herriot, der Führer der Linen, steuern will. Er wird mit Tardieu zusammen regieren. Er wird innen- und außenpolitisch die Politik der Kriegsvorbereitung gegen die Sowjetunion und der Arbeiterunterdrückung fortsetzen, die Tardieu vertritt.

Bata entläßt 7000!

Brag, 10. Mai. (Eig. Bericht.) Die katastrophale Verlesung der Werktätigen in der Tschchoslowakei hat zu einer außerordentlichen Schrumpfung des Schuhab Absatzes geführt. Die Folgen dieser Massenverlesung fallen wiederum auf die Werktätigen zurück. Der größte Schuhfabrikant der Tschchoslowakei, Bata, will jetzt 7000 Arbeiter entlassen. Das sind fast ein Drittel aller Arbeiter des Konzerns. Der Konzern produziert jetzt täglich 130 000 Paar Schuhe, von denen rund 55 000 Paar nicht verkauft werden können. Monatlich werden anderthalb Millionen Paar Schuhe „zuviel“ erzeugt, während Millionen Menschen in zeretztem Schuhwerk herumlaufen müssen.

Arbeitslosigkeit in England nimmt zu

London, 9. Mai. (M.R.) Am 25. April belief sich die Zahl der Arbeitslosen auf 2 652 151, was eine Zunahme um 84 849 gegen den 21. März und um 132 068 gegen das Vorjahr bedeutet.

Der Saal füllte sich rasch. Ein paar hundert Jungarbeiter und -arbeiterinnen. Nur zum Teil Organisierte, wie Georg bemerkte. Er hing über die Brüstung hinweg und wartete mit beiden Armen seinen Bekannten zu. Auch andere taten das. Stimmengewirr erfüllte den Raum. Karl entrollte die Fahne und ließ sie über die Brüstung hinan hängen. Auf der gegenüberliegenden Seite geschah dasselbe. Auf der Bühne, hinter den Tischen der Versammlungsleitung eilten einige Genossen hin und her, rote Tücher in den Händen. Sie befestigten am Vorhang ein Transparent mit der Aufschrift: „Der Jugend gehört die Zukunft! — Einigkeit macht stark!“ Die weißen Buchstaben leuchteten in den Saal.

„Wartet ihr was?“ fragte Karl. „Das gilt uns: Einigkeit macht stark! Mit dieser guten alten Parole wollen sie uns um die Ehren hauen!“

Der Saal hatte sich bis auf den letzten Platz gefüllt. An der Tür und in den Gängen standen die Jugendlichen Kopf an Kopf. Aber nicht nur Jugendliche waren da, hin und wieder leuchtete auch das weiße oder graue Haar eines Alten auf. Luise las die Parole immer wieder und wieder. Die Buchstaben hämmerten sich ihr ins Gehirn. „Der Jugend gehört die Zukunft!“ Richtig, fragte sich nur, was für eine Zukunft. Ihre Augen fielen auf einen weißhaarigen Alten. Vornübergebeugt sah er. Die runzligen, dünnen, knochigen Hände auf den Knien. Scharf hoben sich die Wadenknochen aus dem Gesicht. Scharf die Nase. Die Haut zerissen von tiefen Furchen. Welches schwere Leben führte dieser Proletarier? Welches schwere Leben führen sie alle, die Ausgebeuteten der ganzen Welt? Aber die Augen des Alten waren hell. Ja, sie blühten mutig! Seht, wie er sich zurücklehnt vor Alte und wie er die roten Fahnen betrachtet und die hellen frischen Gesichter der Jugend! Er lächelt! Er wird denken: Wenn ich auch noch einmal so jung wäre wie ihr! Da würde ich manches anders machen! Denkt er das nicht? Aber seht, jetzt wird sein Gesicht plötzlich anders. Milde, grau. Er schließt die Augen. Langsam hebt er seine Hand, zitternd, an die Stirne. Er beugt sich wieder vornüber. Ein Jude durchläuft seinen gekrümmten Rücken. Weint er? Woran denkt er? An den Krieg? An den Verrat seiner Partei? Hat er auch einen Jungen draußen im Feld?

Luise hört den neben ihr sitzenden Karl an: „Du, sieh mal den Alten da unten — wer ist das?“ „Kann man ja nicht erkennen, wenn er den Kopf hängen läßt“, meinte Karl.

„Aber warte mal. — ich glaube — ja richtig — das ist der alte Kausl von der Ehrentrake! Ein alter alter Sozialist. Auch

einer von unserem Väterdugend! Dem ist der Unfall 1914 auch nicht bekommen!“

Plötzlich klatschte der ganze Saal Beifall. Luise wurde unermittelt aus ihren Gedanken gerissen. Beifall! Was war das? Der Redner war auf der Bühne erschienen. — Sollmann! Wilhelm Sollmann, der beliebte Jugendführer, der Vorsitzende des Arbeiter-Abteilungsverbandes.

Die Versammlungsglocke ertönte. Vollständige Ruhe trat ein. Der Redner, in stolzer Haltung, blond, sauber, mit weißem Schillertragen, machte einen guten Eindruck. Seine Worte schienen mutig und klar. Jeder sah pakt, sich mit. Gemeißelt und geschliffen fielen die Worte in den Saal: „... Die Sonne, die über unserer Jugend steht, ist nicht ausgeblüht... die Sterne, die uns den Weg weisen, sind nicht verschwunden... wir glauben an den Sozialismus... und eines Tages wird der Sozialismus die Welt beherrschen und die Menschheit von den Gräueln des Krieges befreien... Von den Gräueln des Krieges, den wir jetzt zur Verteidigung unseres Vaterlandes gegen die Eroberungsgelüste unserer Feinde zu führen haben!“

Luise zwulte zusammen. Ihre Hände umklammerten die Brüstung. Sie sah, wie Karl den Schaft der Fahne fester hielt. Sie sah, wie der Alte unten im Saal, leise, unmerklich mit dem Kopf schüttelte. Der Redner aber hatte im Gesicht den Ausdruck der großen Heberzeugung, der Ehrlichkeit und Gewissenhaftigkeit. Ein Schauspieler?

Glaubte er das wirklich, was er sagte? Und dann fielen die Worte wie Hämmer: „... Wir fordern von der Regierung, daß sie sich gegen die Annexionen und Kontributionen ausspricht!... Wir fordern ein internationales Abkommen mit den sozialdemokratischen Führern der anderen Länder. Denn dadurch wird die Entente zu einem Kompromißfrieden gezwungen werden. Innere Reformen sind notwendig, damit die Front hier in der Heimat ungeschwächt und unzertrennlich ausstehen und durchhalten kann!“

„Hört, hört!“ ertönten die ersten Zwischenrufe. Die Versammlung drehte die Köpfe nach der Richtung des Rufers und zischte.

„Ruhe!“ schrien einige. „Das ist unerhörte!“ rief man dem Zwischenrufer zu. „Das ist eine Gemeinheit!“ schrie Karl neben Luise.

Luise sprang auf: „Was fällt dir ein?“ Alle oppositionellen Jugendgenossen sahen nach Karl hin. Ihre Gesichter glühten vor Erregung.

Fortsetzung folgt

Frauen führen Krieg
von Emma P. Donuberger

Copyright by „Rote Fahne“, Berlin, 1932

25. Fortsetzung

„Was kann man von so 'ner Gesangsvereinstante anderes verlangen? Wenn die jede Woche mal singen gehen: „Empor zum Licht“, oder „Sonntag ist's“ — dann meinen sie schon, der Sozialismus wäre geistig“, bemerkte Käte jynisch.

„Aber Willis Mutter war richtig! Sie hat mich an der Schulter gepackt und mir in die Augen geschaut, — ganz lange und ernst, — mir wurde ganz ungemütlich, — aber dann hat sie gesagt: „Habt ihr auch dafür gejorgt daß niemand weiter hoch geht? Pakt bloß auf, Jungas!“ — und später erst hat sie sich nach den näheren Umständen erkundigt. — Eine gute Klassenkämpferin!“

Die Jugendgenossen bekräftigten einstimmig ihren Beifall! Plötzlich stieg Georg die anderen an: „Gud mal da, die Polizei hat schon an! Unter Versammlungsschutz für heute abend!“

Vier Schugleute kamen durch den Toreingang. Definieren die Tür zum großen Saal und gingen, nachdem sie festgestellt hatten, daß noch kein Mensch drin war, rechts die Stufen hinauf zur Schänke.

„Wird's voll werden heute abend?“ nahm Luise das Gespräch wieder auf.

„Sicher, bei der Propaganda! Wenn dat nit trüd, trüd ganix nie!“

Da kamen auch schon die ersten Trupps der Arbeiterjugend an. Mädchen in hellen Kattun- und blauen Wackelkleidern, das Haar in Schnecken um die Ohren gelegt. Viele trugen Stirnreifen. Das war große Mode.

Dann marschierten einige Jungen mit eingerollten, roten Ärmeln an. An der Spitze der blonden Karl.

„Kommt, laß mer op de Tribün jann!“ rief er und schob sie alle vor sich her, die Treppe hinauf.

Preisfechter des Sozialfaschismus

Ein kleiner Agent der SPD. fordert Liquidierung der kommunistischen Partei

In dem sogenannten „Volksstimmen“ vom 1. Mai schlägt Herr Guno Urbahn unter der Maske radikaler Phrasen nicht mehr und nicht weniger als die Liquidierung der kommunistischen Partei vor. Wir nehmen im allgemeinen nicht Anstoß an den konterrevolutionären Wahnwahrheiten irgendeines sozialfaschistischen Agenten, der eine Seite verrückter Phrasen an der Nase herumführt. Aber die „Vorwürfe“ in dem oben genannten Wochenblatt sind so grotesk, daß wir sie nicht unangenehm der Vergessenheit anheimstellen lassen, sondern zur weiteren Entlarfung der trocknistischen Agentur des kapitalistischen Klassenfeindes verwenden wollen.

Der Leitartikel des Wochenblattes trägt die Überschrift: „Gegner Ausweg: Road zwischen KPD. und SPD.“ Hinter dieser trocknistischen Phrase verbirgt sich der Vorwurf, die gesamte Arbeiterkraft welches dem Sozialfaschismus auszuliefern und damit dem Spaltenfaschismus den Sieg zu garantieren. Wer die proletarische Klassenpolitik der kommunistischen Partei zusammenfassen will mit der bürokratischen Klassenpolitik der SPD., schließt nach einem berühmten Worte Karl Liebknechts „keine Einigkeit, die stark macht, sondern spaltet das Proletariat der herrschenden Klasse aus.“

Natürlich kann Urbahn nicht offen sagen: Einmal auch im Zeichen von Severing, Brüning und Götter. Natürlich muß er zur Täuschung der Arbeitermassen in einigen radikalen Phrasen sogar die Wahrheit über die SPD. sagen. Er schreibt dort: „Die SPD. nimmt den Kurs auf Hitler“ und an einer anderen Stelle: „Die Reformisten und ihre Vertreter in der Preußenregierung haben erst das Wahlscheitern der faschistischen Welle ermöglicht, haben die Klassenkraft des Proletariats schwächen und allein dem Klassengegner genützt.“ Schließlich gibt er sogar zu, daß eine Unterjüngung der Braun-Severing-Regierung durch die KPD. „direkte Beiträge zum Vormarsch des Faschismus bedeuten würde.“

Daraus ergibt sich für jeden denkenden Arbeiter, daß, wer den Spaltenfaschismus bekämpfen will, die SPD. bekämpfen muß. Ja noch mehr: Nach oben zitierten Worten des „Volksstimmen“ ist jeder, der einen „Road“ mit den SPD.-Führern beschließt, ein „direkter Helfer des Faschismus“ und ein Verräter am Proletariat.

Herr Urbahn zieht aus der richtigen Feststellung des Sozialfaschismus ganz entgegengesetzte Schlüsse. Er verlangt den vollkommenen Bruch mit der bisherigen Politik der KPD., er verlangt, daß die KPD. „die These vom Sozialfaschismus aufgeben“ soll — jene These, deren Richtigkeit Urbahn in seinem eigenen Artikel schon festgestellt hatte. Schließlich fordert der kleine Agent der großen Wels und Leipzig die Liquidierung der KPD.-Politik und die Liquidierung aller revolutionären proletarischen Massenorganisationen. Diesen ganzen sozialfaschistischen Brei bietet Herr Urbahn mit dem treuen Augenaufschlag eines „linken Kommunisten“ als seine besondere Sorte „Marxismus-Leninismus“ an!

Natürlich muß Herr Urbahn auch nebenbei einige „gute Ratschläge“ an die Wertsche der SPD. richten. Drei ganze Seiten seines radikalen Wochenblattes widmet er dem Kampfe gegen die KPD. In drei Zeilen wendet er sich an die SPD. Er schlägt ihr vor, „die Koalitions- und Tolerierungspolitik, die

Spaltungspolitik in den Massenorganisationen aufzugeben und sich zwischen bürgerlicher und proletarischer Politik zu entscheiden.“ Das sind für Herrn Urbahn, diesem Preisfechter der Wels, Severing und Co. natürlich alles nur Kleinigkeiten.

Herr Urbahn begnügt sich nicht mit „theoretischen Auseinandersetzungen“. Er macht auch „praktische Vorschläge“ zur Unterjüngung der Braun-Severing-Regierung durch die KPD. Als Voraussetzung für den „Road zwischen KPD. und SPD.“ erwartet der parlamentarisch-trocknistische Herr Urbahn von der SPD. und der Braun-Severing-Regierung, daß sie „unter Umständen unter Anwendung des Diktaturartikels 59 der Preussischen Verfassung“ (!!) den Kampf gegen Faschismus, Völkerraub, Sozialabbau usw. führt (!!). Die Braun-Severing-Regierung, deren Rolle als Wegbereiter des Faschismus Herr Urbahn selbst feststellen mußte, soll also mit Diktaturverordnungen des faschistisch-kapitalistischen Staates die Arbeiterkraft von der Gefahr des Faschismus, des Hungers und der Arbeitslosigkeit „befreien“. Ein toller Betrug ist kaum möglich.

Aber es kommt noch schöner. Urbahn hat etwas von der „Doppelherrschaft“ läuten hören. In den Monaten vor dem roten Oktober gab es in Rußland zwei Regierungen: gewaltige, die miteinander rangen. Die legale, sozialdemokratische Koalitionsregierung Kerenskis, die Lenin als die Keimzelle der Diktatur der Bourgeoisie bezeichnete, und die „uneingesetzte“ allein durch die Masseninitiative gebildete „Regierungsgewalt“ der Arbeiter, Bauern und Soldatenräte, von denen Lenin als der Keimzelle der proletarischen Diktatur spricht.

Den Gedanken dieser Doppelherrschaft schlägt Herr Urbahn, wenn er den Vorwurf macht, ein sogenanntes „antifaschistisches Gegenparlament“ zu bilden. Dieses „Gegenparlament“ soll sich zusammensetzen „aus oppositionellen Parlamentariern (!) und den Vertretern der Organe der außerparlamentarischen Front, der Betriebsräte, antifaschistischen Komitees, politischen Parteien usw.“ Urbahn will also gemeinsam mit bürgerlichen „antifaschistischen“ Parlamentariern die außerparlamentarische Masseninitiative ablenken und nach dem Vorbilde der rechten USP. aus den letzten Zeiten von 1919, die Betriebsräte gewissermaßen im Parlament „verankern“. Die rechten USP.-Führer haben es 1919 glänzend verstanden, die Kampfkraft der Arbeitermassen durch das Spintifizieren über die „Verankerung der Räte im Parlament“ bzw. „Verankerung des Parlaments in den Räten“, abzubauen. Daselbe Manöver machte der Sozialfaschist Leipzig in den Tagen des Kapp-Putsch. Diesen alten Käse will jetzt Herr Urbahn wieder neu aufstischen. Er will sein „antifaschistisches Gegenparlament“ an die Stelle der kommunistischen Partei als Führerin der kämpfenden Arbeiterklasse setzen.

Wir gehen mit einer Handbewegung über das Betrugsmanöver des sozialfaschistischen Agenten Urbahn hinweg. Mit jedem sozialdemokratischen, freigeistlichen Arbeiter werden wir aber gründlich und kameradschaftlich die Fragen des gemeinsamen Kampfes gegen Faschismus, Hunger und Notverordnungsdictatur besprechen. Wir werden ihnen an Hand der geschichtlichen Erfahrungen der Arbeiterklasse und in den eigenen Tageskämpfen praktisch beweisen, daß der Faschismus nur durch die proletarische Klassenpolitik zu schlagen ist, nur in roter Einheitsfront gemeinsam mit den Kommunisten.

Wir gehen mit einer Handbewegung über das Betrugsmanöver des sozialfaschistischen Agenten Urbahn hinweg. Mit jedem sozialdemokratischen, freigeistlichen Arbeiter werden wir aber gründlich und kameradschaftlich die Fragen des gemeinsamen Kampfes gegen Faschismus, Hunger und Notverordnungsdictatur besprechen. Wir werden ihnen an Hand der geschichtlichen Erfahrungen der Arbeiterklasse und in den eigenen Tageskämpfen praktisch beweisen, daß der Faschismus nur durch die proletarische Klassenpolitik zu schlagen ist, nur in roter Einheitsfront gemeinsam mit den Kommunisten.

Das bringen euch die Nazis

Sozialabbau. Gehaltskürzung, Massenfeuern, Kulturabbau und Not in Mecklenburg-Strelitz

In Mecklenburg-Strelitz regieren nationalsozialistische und deutschnationale Minister. Sie haben durch ihren exzessiven Aberglauben und ihre durch ihren arbeiter- und bauernfeindlichen Staat geführte Politik:

Die Gehälter der staatlichen Beamten und Angestellten wurden mit Hilfe der Notverordnung Brüning, die sich die Streikregierung zu eigen gemacht hat, gekürzt, und zwar um insgesamt 733.000 Mark.

Auf Kosten der Arbeiter, Bauern und Handwerker hat die Hitler-Hugenberg-Regierung sich zugleich neue Einnahmen von rund 1 Million Mark verschafft, und zwar u. a. durch: Anordnung einer Schlichtersteuer; diese erbringt jährlich 350.000 Mark, d. h. auf den Kopf der 110.000 Einwohner des Landes nicht weniger als 3 Mark. Eine vierköpfige Familie zahlt durchschnittlich durch Schlichtersteuer allein aus dieser Steuer 12 Mark. Die Löhne in Mecklenburg, die zum Teil aus dieser Steuer noch weniger als bisher und vielfach auch nicht das kleinste Stückchen Lohn am Sonntag zu leisten können.

Gerne wurde der Ausgleichsfonds für notleidende Gemeinden, 60.000 Mark, und ebenso auch die Wohlfahrtsbeiträge gekürzt; da die Gemeindefürsorge in vielen Orten so gut wie leer ist, wirt sich die Streichung des Ausgleichsfonds in Kürzungen der Wohlfahrtsunterstützungen und Räumungsgeldern aus.

Stark herabgesetzt wurden die Reisebeihilfen für die Armen von 12.000 auf 75.000, also um 50.000 Mark.

Die Kultur zum Bau von Landarbeiterwohnungen wurden gestrichen.

Die Herabsetzung des Schulgeldes, das die Arbeiter und Bauern nicht mehr bezahlen können, wurde von der Hitler-Hugenberg-Regierung abgelehnt; 14 Lehrstellen wurden gestrichen.

Schließlich wurde einem Konjunktium ausländischer Kapitalisten die Genehmigung für eine Lotterie gegeben. Ein großer Teil der Einnahmen aus der Lotterie, die aus den Groschen der werktätigen Bevölkerung kommen, fließt in die Geldtöpfe ausländischer Kapitalisten.

Das kennzeichnet das Wesen des „Dritten Reiches“. Die Nazi-partei erweist sich dröcklich als kapitalistische Partei, die das kapitalistische System der Ausbeutung auf Kosten der Massen zu retten und zu erhalten versucht. Das Interesse aller Arbeiter, Bauern, Handwerker, unteren Beamten, erfordert den Kampf in roter Einheitsfront gegen das Kapital und damit gegen die kapitalistische Partei, deren Politik die gleiche ist wie die der SPD.-Führer. Das müssen die bisher irreführten werktätigen Anhänger der NSDAP. und die SPD.-Arbeiter erkennen.

Massenaustritte als Antwort auf das Freidenkerverbot

Das Verbot der proletarischen Freidenkerverbände hat in der Hamburger Arbeiterklasse eine große Protestaktion ausgelöst, die in Massenaustritten aus der Kirche zum Ausdruck kommt. Allein am 6. Mai haben auf einem einzigen Standesamt 30 Arbeiter und Arbeiterinnen ihren Austritt aus der Kirche erklärt. Die Arbeiter marschieren mit einem Schild: „Wir treten aus der Kirche aus“ geschlossen zum Standesamt. Die Polizei beschlagnahmte unterwegs das Schild. Dem Zuge schlossen sich viele Passanten an. Alle Werktätigen, die noch Mitglieder der Kirche sind, müssen das Verbot der Freidenker auch mit Massenaustritten aus der Kirche beantworten.

„Der Kämpfer“ auf 3 Wochen verboten

Chemnitz, 10. Mai. (Sig. Drahtber.) Der Polizeipräsident von Chemnitz hat die Zeitung der kommunistischen Partei „Der Kämpfer“ bis einschließlich 31. Mai verboten. Das Verbot wird mit verschiedenen Artikeln über die Chemnitzer ErwerbslosenDemonstrationen und das Vorgehen der Polizei begründet.

Protestdemonstrationen gegen Freidenkerverbot

Berlin, 11. Mai. (Sig. Drahtber.) Wie berichtet wird, fanden gestern an verschiedenen Stellen Berlins spontane Protestdemonstrationen gegen das Verbot des proletarischen Freidenkerverbandes statt. Die Polizei ging überall gegen die Demonstranten vor und gab im Dün sogar mehrere Schüsse ab, wobei eine alte Frau und ein Jungarbeiter verletzt wurden. Die Polizei nahm auch mehrere Verhaftungen vor.

Morgen in allen Straßenzellen, Ortsgruppen, Mitgliederversammlungen

Der Generalappell ist durchgeführt. Die politischen Fragen, die durch die Wahlen und die politische Entwicklung nach den Wahlen neu aufgerollt wurden, sind von den Parteimitgliedern diskutiert worden. Die politischen Aufgaben sind gestellt; jetzt gilt es die Aufgaben zu konkretisieren für die Arbeiten in der letzten Straßenzelle und der kleinsten Ortsgruppe. Jetzt gilt es konkret die Maßnahmen festzulegen zur Mobilisierung der Arbeiter und Werktätigen gegen alle täglichen Übergriffe der Unternehmer und des Staatsapparats. Jetzt gilt es konkrete Methoden festzulegen zur Herstellung der kämpfenden roten Einheitsfront.

Ausgehend von dem Aufruf des ZK: „An alle deutschen Arbeiter“ muß jede Zelle und Ortsgruppe sich einen konkreten Arbeitsplan für die nächsten Wochen ausarbeiten.

Die Tagesordnung des Straßenzellentages heißt:

Wie organisieren wir den Kampf der Erwerbslosen gegen Unterdrückung und Zwangsarbeit, für ausreichende Unterbringung? „Wie schaffen wir die Einheitsfront aller Erwerbslosen?“

Was soll der Arbeitsplan unbedingt enthalten?

Die Brüning-Regierung plant eine neue Notverordnung, wo neben dem Angriff auf die Löhne der deutschen Arbeiterklasse insbesondere ein großer Angriff auf die Unterbringungslage der Erwerbslosen vorgesehen ist. Es muß also zuerst einmal festgestellt werden, welche Maßnahmen sind jetzt schon vom Staat, von der Gemeinde durchgeführt worden zur Senkung der Wohlfahrtsbeiträge und der Einführung der Zwangsarbeit, um dann konkret folgende Punkte herauszuarbeiten:

1. Welche Forderungen müssen für die Erwerbslosen aufgestellt werden?
2. Popularisierung der aufgestellten Forderungen und Ergänzung derselben durch Organisierung von Diskussionsgruppen auf den Stammtischen und Durchführung von Stubenversammlungen im Wohngebiet.
3. Vorbereitung und Durchführung einer großen Erwerbslosenversammlung, in der die Forderungen von den Erwerbslosen diskutiert und angenommen werden.
4. Zur Vorbereitung der Versammlung müssen neben der Herausgabe allgemeiner Flugblätter besondere Flugblätter für die Erwerbslosen, für die Genossen der SPD. und KPD., der Gewerkschaftsmitglieder und der Anhänger der NSDAP. herausgegeben werden.
5. Die Funktionäre der SPD. und der Verbände der freien Gewerkschaften müssen aufgefordert werden, in der Erwerbslosenversammlung zu erscheinen, um Vorschläge zu machen zur Herstellung der roten Einheitsfront.
6. Herstellung der Verbindung mit den Betrieben und Aufforderung an die Betriebsräte, in der Erwerbslosenversammlung ihre Vorschläge zu machen zur Herstellung der gemeinsamen Kampffront der Betriebsarbeiter mit den Erwerbslosen.
7. Die von den Erwerbslosen angenommenen Forderungen müssen dem Gemeindeparsament eingereicht und als Antrag der kommunistischen Landtagsfraktion zur Eröffnung des Landtages am 24. Mai überreicht werden.
8. In der Erwerbslosenversammlung muß ein Erwerbslosenausschuß gewählt oder der bestehende erweitert werden zu einem wirklichen Einheitsfrontorgan.
9. Durchführung einer verstärkten Registrierung der Erwerbslosen, unabhängig von ihrer Partei- und Gewerkschaftszugehörigkeit vom Erwerbslosenausschuß.
10. In größeren Orten, wo Straßenzellen bestehen, müssen die Erwerbslosen im Straßenzellenbereich zu Erwerbslosengruppen des Wohngebietes zusammengefaßt werden. Jede Erwerbslosengruppe wählt sich einen Vertrauensmann, der die Verbindung mit dem Ortsausschuß der Erwerbslosen aufrechterhält.
11. In jeder Straßenzelle wird ein Erwerbslosenvorstand gewählt, der die Verbindung herstellt mit der Wohngebiets-Erwerbslosengruppe.
12. Verstärkter Umlauf und Werbung von Abonnenten für die Zeitung der Erwerbslosen, „Der Arbeitslose“.

Bezirksleitung Schlesien der KPD.

Doppelter Rabatt — doppelte Glingfreude!

10%

Von Mittwoch, dem 11. bis Samstag, den 14. Mai auf alle Waren (mit Ausnahme weniger Artikel) doppelte Rabattmarken! — Auf Wunsch statt Rabatt bei Einkauf für 2 RM ein schöner Dessertteller, bei Einkauf für 3 RM eine feine Tasse mit Untertasse aus echt bayerischem Qualitäts-Porzellan.



KAISER'S KAFFEE-GESCHÄFT